

Gefahren analysieren

Die Weichen sind gestellt. Alle reden darüber, aber nur wenige haben den Arbeitsentwurf für das neue Pflegeberufesetz bisher gesehen. Welche Lawine jetzt auf die Altenpflege zurollt, wurde beim Hauptstadtkongress deutlich.



Barbara Steffens (Die Grünen), nordrhein-westfälische Pflegeministerin, glaubt nicht daran, dass die generalistische Pflegeausbildung noch zu verhindern ist.

Foto: WISO/Schmidt-Dominé

VON KERSTIN SCHNEIDER

Berlin // Es schien als wollte Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Besuchern des Hauptstadtkongresses in Berlin eine bittere Pille als Delikatessens verkaufen. Noch im Sommer 2015, so kündigte er an, soll es an die konkrete Ausgestaltung des neuen Pflegeberufesetzes gehen, der Anhörungsprozess der Länder und Verbände werde nun eingeleitet, damit die neue dreijährige Pflegeausbildung rasch Realität werden kann.

Geht es nach der Großen Koalition in Berlin sollen Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpfleger

abgeschafft und durch neue Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner ersetzt werden. Die sogenannte generalistische Pflegeausbildung soll drei Jahre dauern, wovon etwa die Hälfte der Zeit schulisch, die andere Hälfte praktisch in den Berufszweigen Akutmedizin, ambulante Pflege, Pädiatrie und Psychiatrie sowie Langzeitpflege erfolgen soll. Eines der Fächer darf der Auszubildende als Schwerpunktfach wählen.

Der Ausbildungszugang ist künftig in allen Ländern mit einem mittleren Schulabschluss möglich und die Ausbildung wird für den Pflege Nachwuchs kostenfrei sein. Den Vertrag schließt der Azubi mit der ausbildenden Einrichtung, die auch das

Gehalt des Auszubildenden zahlt. Die notwendigen Praktika werden von der Schule und den Praxisanleitern koordiniert. Ziel der Reform ist laut Kleindiek eine nach oben hin durchlässigere Pflegeausbildung. Staatssekretär Kleindiek glaubt nicht, dass die Altenpflegeausbildung die Verliererin der Reform wird: „Seien Sie sicher, dass es dazu nicht kommt. Die Altenpflege wird nicht abgeschafft, sondern weiterentwickelt. Der Erfolg hängt maßgeblich von den Ausbildungsstätten und Schulen ab.“

Risikofolgeabschätzung

Die Gesundheitsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Barbara

Steffens (Die Grünen), sah es so: „Die Entscheidung ist von der Großen Koalition getroffen. Ich sehe nicht, dass von irgendwoher, auch nicht aus den Ländern, noch eine große Veränderung kommt.“ Als Befürworterin der generalistischen Ausbildung gab sich Steffens in Berlin nicht. Sie hält insbesondere die Frage der Finanzierung für ungeklärt. Ambulante Dienste oder auch kleine Einrichtungen werden ihrer Meinung nach künftig wohl nicht mehr ausbilden können, falls die Einrichtungen die volle Ausbildungsvergütung zahlen müssen, aber die Auszubildenden nur noch wenige Wochen ihrer Ausbildung überhaupt im eigentlichen Ausbildungsunternehmen verbringen. Steffens fragt auch, warum es bisher keine Risikofolgeabschätzung, wie es beispielsweise im Umweltschutz üblich, gegeben habe. Für Peter Dürmann, Vorsitzender des Verbandes der Führungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen (DVLAB) und Sprecher des Bündnisses für Altenpflege, sind die Folgen bereits jetzt abzusehen: „Der Auszubildende verkommt zum Praktikanten. Wo soll er denn wichtiges Erfahrungswissen sammeln?“

Bernd Tews, Geschäftsführer des bpa, Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste, möchte nun Meinungsbildner der Branche an einen Tisch bringen, um über die Risiken für die Pflegebranche zu sprechen. Er rang Kleindiek vor Publikum seine Zusage ab, so dass man gespannt sein darf, ob ein weiteres Gespräch zumindest die Ausgestaltung des Inhaltes klärt.